



E-Government Schweiz Newsletter 06/2018

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Umsetzung von E-Government in der Schweiz geht Schritt für Schritt voran. Im Juni 2018 wurde mit der Gründung der Betriebsgesellschaft **eOperations Schweiz AG** ein wichtiger Meilenstein des E-Government-Schwerpunktplans erreicht. **eUmzugCH**, die erste Leistung, die eOperations Schweiz betreibt, ist heute in zehn Kantonen im Einsatz und wurde im E-Government-Wettbewerb 2018 mit dem zweiten Platz in der Kategorie «Kooperationsprojekt» ausgezeichnet. Der Bundesrat hat die **Botschaft des E-ID-Gesetzes** verabschiedet und in die parlamentarische Diskussion übergeben. Zukunftsweisende Innovationsprojekte wie der Aufbau eines **Chatbots** für die öffentliche Verwaltung, die Entwicklung eines **Partizipationsmoduls** für Gemeinwesen und der Einsatz der **Blockchain-Technologie** für die elektronische Identifikation und Unterschrift stehen kurz vor dem Abschluss.

2018 wurden auch die Weichen für die E-Government-Zusammenarbeit ab 2020 gestellt. Sowohl die Konferenz der Kantonsregierungen als auch der Bundesrat wollen, dass die Verwaltung konsequent auf digitale Prozesse setzen. Diesen Weg geben die Eckwerte der E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023 mit dem Leitbild **«Digital First»** vor.

Auch 2019 stehen wichtige Arbeiten an: Es ist das letzte Umsetzungsjahr des aktuellen Schwerpunktplans. Die im Entwurf vorliegenden Grundlagendokumente für die E-Government-Zusammenarbeit 2020–2023 sind fertigzustellen und Bund, Kantonen und Gemeinden zur Konsultation vorzulegen.

Wir freuen uns, Sie weiterhin über die Schweizer E-Government-Aktivitäten zu informieren und wünschen Ihnen frohe Festtage und bereits alles Gute für das neue Jahr!

Ihre Geschäftsstelle E-Government Schweiz

E-Government Schweiz

Bundesrat heisst Eckwerte der E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023 gut

An seiner Sitzung vom 14. November 2018 hat der Bundesrat die von der interföderalen Organisation E-Government Schweiz erarbeiteten Eckwerte für die E-Government-Strategie Schweiz ab 2020–2023 gutgeheissen. Er unterstreicht mit der Annahme des Leitbilds «Digital First» die Bedeutung des elektronischen Kanals, über den die Verwaltung zukünftig vorwiegend ihre Informationen und Dienste anbieten soll. Der Entwurf der E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023 wird Bund, Kantonen und Gemeinden im Sommer 2019 zur Konsultation vorgelegt.

Weiterführende Informationen finden Sie in unserer [Medienmitteilung](#).

Steuerungsausschuss verabschiedet Schwerpunktplan 2019

An seiner Sitzung vom 30. Oktober 2018 hat der Steuerungsausschuss E-Government Schweiz den Schwerpunktplan für das Jahr 2019 verabschiedet. Neu unterstützt er darin das Projekt «Landesweite

Grundstücksuche».

Weiterführende Informationen finden Sie [auf unserer Webseite](#).

Studien: Bekanntheit von E-Services steigend, Basisdienste ausbaufähig

Im November 2018 sind die aktuellen Ausgaben der vergleichenden Studien «E-Government-Benchmark» der Europäischen Kommission und «E-Government-Monitor» der Initiative D21 erschienen. Der Vergleich der Europäischen Union zeigt, dass die Verfügbarkeit von Basisdiensten entscheidend ist für eine erfolgreiche Digitalisierung der Verwaltung. Der Schweiz weist er hierbei grossen Aufholbedarf aus. Der E-Government-Monitor, ein Vergleich zwischen Deutschland, Österreich und der Schweiz, belegt, dass die Bekanntheit von E-Government-Angeboten in der Schweiz stetig zunimmt, die Nutzung jedoch leicht rückläufig ist.

Beide Studien sowie eine Kurzzusammenfassung finden Sie unter www.egovernment.ch/studien.

Schwerpunktplan

EasyGov: Nutzenbewertung KMU Portal und EasyGov 2018

Das KMU-Portal und EasyGov.swiss generieren zusammen für die Schweizer Unternehmen einen jährlichen Nutzen von rund 47 Millionen Franken. Die beiden Online-Portale werden gemäss einer im November 2018 publizierten Studie des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) von der Wirtschaft sehr geschätzt. Alleine das KMU-Portal weist über 37'000 Nutzer pro Monat aus.

Die Studie finden Sie auf der [Webseite des SECO](#).

eUmzugCH: starke Nutzung in Schwyz und weitere Ausbreitung des Service 2019

Seit dem 1. Juni 2018 können die Einwohnerinnen und Einwohner der Schwyzer Gemeinden ihre Umzüge online melden. Der neue E-Service ist beliebt: Bereits 1000 Umzüge wurden über die elektronische Plattform gemeldet. Viele Kantone haben die Einführung von eUmzugCH für 2019 geplant.

Den aktuellen Stand der Ausbreitung von eUmzugCH finden Sie unter www.egovernment.ch/eumzugch.

Vote électronique:

- **E-Voting als dritter ordentlicher Stimmkanal:** An seiner Sitzung vom 19. Dezember 2018 hat der Bundesrat entschieden, das Vernehmlassungsverfahren für die Überführung des elektronischen Stimmkanals in den ordentlichen Betrieb zu eröffnen. Mit einer Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte soll die aktuelle Versuchsphase beendet und die elektronische Stimmabgabe als dritter Stimmkanal verankert werden. [Zur Medienmitteilung des Bundesrates](#).
- **Einstellung des Genfer Systems per Februar 2020:** Der Kanton Genf hat im November 2018 entschieden, die Weiterentwicklung seines E-Voting-Systems einzustellen. Genf wird den Weiterbetrieb des aktuell auch von den Kantonen Bern, Luzern, St. Gallen, Aargau und Waadt eingesetzten Systems bis im Februar 2020 sicherstellen. Der Bund hat diesen Entscheid zur Kenntnis genommen und hält fest, dass das aktuell betriebene Genfer System die bundesrechtlichen Sicherheitsanforderungen erfüllt und dass entgegen kürzlicher Behauptungen keine Sicherheitslücken gefunden worden sind. Als Systemanbieter steht den Kantonen weiterhin die Schweizerische Post zur Verfügung. Damit ist der Einsatz der elektronischen Stimmabgabe in der Schweiz auch künftig sichergestellt.
- **Intrusionstests:** Beim System der Schweizerischen Post stehen die nächsten Schritte zur Einführung der vollständigen Verifizierbarkeit bevor. Die dazu notwendige Offenlegung des Quellcodes und die Durchführung eines öffentlichen Intrusionstests sind für das erste Quartal 2019 geplant. Weiterführende Informationen zu Vote électronique finden Sie auf der [Webseite der Bundeskanzlei](#).

Fachliche und technische Koordination: Informationsdokumente zur Vernehmlassung AHV-Nummer als eindeutiger Identifikator

Der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK) ist es ein zentrales Anliegen, dass Personen

behördenübergreifend auf einfache und effiziente Weise eindeutig identifiziert werden können. Sie begrüsst deshalb die Absicht des Bundesrats, die AHV-Nummer bei den Behörden systematisch als Identifikator einsetzen zu können. Im Rahmen des Schwerpunktplans hat sie eine Grundlagendokumentation zum Thema erstellt. Fallbeispiele aus den Bereichen Schulgelder, AHV-IV-Renten und Nothelferkurs verdeutlichen die Vorteile der AHV-Nummer im Behördenalltag.

Die Dokumentation ist auf dem [Intranet der SIK](#) verfügbar.

Forum der Themenführer

OGD Schweiz: Bundesrat verabschiedet OGD-Strategie 2019–2023

Der Bundesrat hat am 30.11.2018 die neue OGD-Strategie verabschiedet: Ab 2020 sollen die Bundesstellen ihre Daten als offene, frei und maschinell nutzbare Verwaltungsdaten (Open Government Data, OGD) publizieren. Die Strategie ist für die Bundesverwaltung verbindlich. Sie will zudem die Kantone und Gemeinden sowie staatsnahe Betriebe darin unterstützen, sich ebenfalls stärker zu beteiligen. Das Generalsekretariat des Eidgenössischen Departement des Inneren wird die Umsetzung der Strategie koordinieren, während das Bundesamt für Statistik die Verantwortung für die praktischen Arbeiten übernimmt. Beide Aufgaben lagen bisher beim Schweizerischen Bundesarchiv, das in der Strategieperiode 2014–2018 unter anderem das Portal [opendata.swiss](#) aufgebaut hat.

Weiterführende Informationen finden Sie in der [Medienmitteilung des Bundesrates](#).

Standardisierung

Verein eCH: Einbau der eCH-Standards bei IT-Ausschreibungen

Die digitale Transformation der Verwaltung bedingt das stärkere Vernetzen von Prozessen und Daten über Organisationsgrenzen hinaus. Damit nimmt auch die Bedeutung der Standardisierung laufend zu. Der Verein eCH definiert wichtige Standards im Bereich E-Government. Diese reduzieren die Kosten und erleichtern die Zusammenarbeit sowie den Datenaustausch. Der Verein eCH empfiehlt den Gemeinden, bei IT-Beschaffungen die im konkreten Fall relevanten eCH-Standards als technische Spezifikation in den Ausschreibungsunterlagen aufzuführen.

Weiterführende Informationen finden Sie auf der [Webseite von eCH](#).

Neuigkeiten von Bund, Kantonen und Gemeinden

Kanton Baselland:

- [Digitale Verwaltung 2022](#): Ende Oktober hat der Landrat die Digitalisierungsstrategie BL und das dazugehörige Umsetzungsprogramm 2018 – 2022 einstimmig beschlossen.
- **eTermin-BL**: Bevölkerung und Unternehmen sollen zeitnah die Möglichkeit erhalten, Termine künftig vollständig Online zu vereinbaren – eine entsprechende Studie ist zurzeit in Arbeit.

St.Gallen: eGovernment St.Gallen digital. nimmt Arbeit per 01.01.2019 auf

Die selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt von Kanton St.Gallen und St.Galler Gemeinden «eGovernment

St.Gallen digital.» soll E-Government-Entwicklungen für Kanton und Gemeinden vorantreiben. Als zentrales Projekt will sie in den nächsten Jahren die bestehende Plattform eportal.sg.ch ausbauen und darauf alle relevanten Daten und Dienstleistungen von Kanton und Gemeinden elektronisch zugänglich machen. Die Anstalt nimmt Anfang 2019 den Betrieb auf.

Weiterführende Informationen finden Sie in der [Medienmitteilung von des Kantons St.Gallen](#).

Kanton Waadt: Einführung eines E-Government-Gesetzes und Anpassung der Behördenprozesse an die Digitalisierung

Der Kanton Waadt will nutzerorientierte, sichere elektronische Behördenleistungen anbieten. Nun hat er die rechtlichen Grundlagen geschaffen, um elektronische Identifizierungsmittel abgeben und das Angebot an E-Services ausbauen zu können. Dieser Rechtsrahmen stellt die Vertraulichkeit des Datenaustausches sicher und garantiert den Schutz der persönlichen Daten. Er erlaubt einerseits die elektronische Kommunikation zwischen Verwaltung und Bevölkerung sowie Unternehmen und andererseits die elektronische Benachrichtigung über Entscheide. Für den Aufbau eines E-Government-Portals, dessen Nutzung freiwillig sein wird, hat der Grosse Rat einstimmig einen Kredit von 6.8 Millionen Franken genehmigt.

Weiterführende Informationen finden Sie im auf der [Webseite des Kantons Waadt](#).

Kantone Zug und Appenzell Ausserrhoden: gemeinsamer Online-Staatskalender zur Weiterverwendung

Die Kantone Zug und Appenzell Ausserrhoden haben einen neuen flexiblen Staatskalender entwickelt. Dieser steht ab sofort auch anderen Verwaltungen als Cloud-Lösung (Software as a Service, SaaS) mit tiefen Wartungskosten zur Verfügung.

Besuchen Sie den Staatskalender Zug unter <https://staka.zug.ch/>.

Kanton Zürich: Online-Publikation des Amtsblatts über das Portal des Bundes

Mit dem Amtsblattportal hat das Staatssekretariat für Wirtschaft auf Bundesebene ein modernes, digitales Publikationscenter ins Leben gerufen, das auch den Kantonen und Gemeinden zur Veröffentlichung ihrer amtlichen Mitteilungen offensteht. Seit September publiziert der Kanton Zürich sein Amtsblatt über dieses Portal. Auch für die Zürcher Gemeinden bietet die Zusammenarbeit mit Bund und Kanton eine sichere und kostengünstige Lösung, die einfach in die Gemeindefachseite eingebaut werden kann.

Besuchen Sie das Portal unter <https://amtsblattportal.ch>.

Stadt Zürich: Smart City Strategie verabschiedet

Der Zürcher Stadtrat hat Anfang Dezember seine departementsübergreifende Strategie für eine «Smart City» verabschiedet. Die Stadt will die Bereiche Innovation, Kooperation sowie Kommunikation und Dialog fördern und u.a. über Innovationskredite, Hackathons, ein Smart City Lab oder ein Partizipationsportal weiterentwickeln.

Die Strategie ist auf der [Webseite der Stadt Zürich](#) verfügbar.

E-Government in der Politik

Bundesrat: Strategie für den Ausbau der gemeinsamen Stammdatenverwaltung des Bundes

Für die weitere Planung der digitalen Transformation sieht der Bundesrat die einmalige Erfassung und Verwaltung von Daten als wichtige Voraussetzung. Er hat deshalb an seiner Sitzung vom 19. Dezember 2018 die «Strategie für den Ausbau einer gemeinsamen Stammdatenverwaltung des Bundes» gutgeheissen sowie konkrete Massnahmen ausgelöst.

Weiterführende Informationen finden Sie in der [Medienmitteilung des Bundesrates](#).

Bundesrat: Rahmenbedingungen für Blockchain/DLT verbessern

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 7. Dezember 2018 einen Bericht zu den rechtlichen Rahmenbedingungen für Blockchain und Distributed-Ledger-Technologie (DLT) im Finanzsektor verabschiedet. Der Bericht zeigt auf, dass der Schweizer Rechtsrahmen gut geeignet ist, mit neuen Technologien inklusive

Blockchain umzugehen. Dennoch besteht punktuell ein Anpassungsbedarf.
Weiterführende Informationen finden Sie in der [Medienmitteilung des Bundesrates](#).

Parlament: Einführung des digitalen Dienstbüchleins

Die Schweizer Armee erhält ein digitales Dienstbüchlein. Das haben Nationalrat und Ständerat beschlossen. Es könne massiv schneller ausgefüllt werden, biete weniger Fehleranfälligkeit und könne nicht mehr verschwinden oder überklebt werden.

Weiterführende Informationen finden Sie im [Artikel der Inside-it](#).

Veranstaltungen

- [Swiss eGovernment Forum](#), 05./06.03.2019, Bern
- eGovernment Symposium Romand, 09.05.2019, Lausanne

Geschäftsstelle E-Government Schweiz

Informatiksteuerungsorgan des Bundes ISB, Schwarztorstrasse 59, CH-3003 Bern
info@egovernment.ch, www.egovernment.ch

